

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

9. Jänner 1947

Blatt 28

Zuteilung von Fensterglas

=====

Von nun an werden die ausgegebenen Nummern für eine Glaszuteilung jeden Montag durch Anschlag bei den Zweigstellen der Magistratsabteilung 25, Kriegsschadenbehebung, aufgerufen. Die Besitzer der aufgerufenen Nummern geben dort am selben Tag ihren Antrag ab. Im Laufe der gleichen Woche wird ein Erhebungsorgan nach Überprüfung des Bedarfes in der Wohnung den Glaszuweisungsschein ausstellen. Der Meldezettel ist bereitzuhalten. Die Hausvertrauensleute oder die Hausbesorger werden ersucht, dieser Erhebung beizuwohnen. Zur Vermeidung von Mißbräuchen wird sich der Beamte unaufgefordert mit einer Amtslegitimation und der Identitätskarte ausweisen.

Die Zuweisung für Geschäftslokale und gewerbliche Betriebe geschieht wie bisher durch das vorgeschriebene Ansuchen bei der zuständigen Zweigstelle der Magistratsabteilung 25.

Erweiterter Personenkreis der Paketaktion "Hilft unseren Alten"

=====

Seit Monaten führt das Wohlfahrtsamt der Stadt Wien im Zusammenwirken mit den ausländischen Spendenorganisationen eine Lebensmittelaktion für über 70 Jahre alte Leute.

Für diese können nunmehr auch jene alten Leute, beim Fürsorgeamt ihres Wohnbezirkes ein Antragsformular begeben, die während der Zeit vom 1.1.1947 bis 31.3.1947 das 70. Lebensjahr erreichen.

Für den erweiterten Personenkreis kommen, ohne Rücksicht auf ihre Staatsbürgerschaft, Personen in Betracht, die ihren Wohnsitz in den Bezirken 1 bis 26 haben, nicht im Bezuge einer Dauerunterstützung (Erhaltungsbeitrag) oder in Heimpflege stehen und als minderbemittelt gelten und zwar Alleinstehende mit einem

monatlichen Gesamteinkommen bis S 80.--, alleinstehende Ehepaare oder im gemeinsamen Haushalt lebende Personen mit einem monatlichen Gesamteinkommen bis S 120.--.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Behebung eines Antragblattes für jene Personen, die in die Paketaktion schon einbezogen sind, nicht in Betracht kommt.

Kältekatastrophe und Wiener Gemeindeverwaltung
Außerordentliche Sitzung des Wiener Stadtsenates

Bürgermeister General Dr.h.c. Körner hat heute eine außerordentliche Sitzung des Wiener Stadtsenates einberufen, zu der auch die Direktoren der Gas- und Elektrizitätswerke und der Verkehrsbetriebe beigezogen wurden. Die Direktoren erstatteten ausführliche Berichte über die gegenwärtige Situation der Kohlen-, Strom- und Gasversorgung Wiens. Aus diesen Berichten ist vor allem zu ersehen, daß die Erzeugung von elektrischem Strom gegenüber dem Jahre 1937 bedeutend angestiegen ist. Im Oktober 1937 haben die städtischen Elektrizitätswerke 31.5 Millionen Kilowattstunden abgegeben während im Oktober 1946 rund 43.4 Millionen Kilowattstunden verbraucht wurden. Diese Menge wurde im Dezember sogar auf 54.9 Millionen Kilowattstunden erhöht. Der erhöhte Stromkonsum liegt im Verbrauch der Haushalte, die im Oktober 1937 von 3.7 Millionen Kilowattstunden auf 18.3 Millionen gestiegen ist. Wohl ist die Zahl der Stromabnehmer von rund 500.000 auf 750.000, also um 50% gestiegen, demgegenüber beträgt die Steigerung des Konsums, rund 500%. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß in Ermangelung von Kohle für den Haushalt vielfach die elektrischen Heizapparate verwendet werden. Demgegenüber steht ein Verbrauch von Gewerbe und Industrie mit insgesamt 15.6 Millionen Kilowattstunden im Dezember 1946 und der Straßenbahn mit 6.3 Millionen Kilowattstunden. Ähnlich liegen die Verhältnisse beim Gasverbrauch, der wohl in den letzten Tagen eine starke Drosselung durch das Einfrieren der Erdgasleitungen erfahren hat. Das Gaswerk hat im September rund 63.000 Tonnen Ruhrkohle an Reserve angesammelt. Leider sind durch die verringerten Zufuhren diese Vorräte aufgebraucht. Die Zufuhr von Öl hat ebenfalls stark nachgelassen.

Die Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung liegen darin, daß die von der Obersten Bergbehörde gemachten Zusagen nicht eingehalten werden. Dies wirkt sich insbesondere sehr ungünstig auf die Spitäler aus, die bestenfalls für 4 Tage bevorratet sind. Allein um eine halbwegs normale Beheizung der städtischen Spitäler und Wohlfahrtsanstalten zu erreichen werden monatlich 3.000 Tonnen Kohle benötigt, wozu noch rund 1.200 Tonnen für private Krankenanstalten kommen. Diese Mengen wurden aber der Gemeinde nicht zugewiesen.

An diese Berichte knüpfte sich eine 3½ stündige Aussprache an, in der eine Reihe von Anfragen an die leitenden Direktoren gestellt und verschiedene Vorschläge unterbreitet wurden. Es wurde beschlossen, daß Bürgermeister Körner im Radio die Bevölkerung eingehend über die Vorkehrungen der Gemeindeverwaltung auf dem Gebiete der Versorgung mit Kohle, Gas und Elektrizität und über die Ursachen der Knappheit informieren wird!
